

Antrag

der Fraktionen SPD, CDU/CSU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

25 Jahre KSZE/OSZE

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Vor 25 Jahren, am 1. August 1975, wurde in Helsinki die Schlussakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) beschlossen. Damit nahm eine neue Form europäischer kooperativer Sicherheitspolitik ihren Anfang, die in den siebziger und achtziger Jahren zur Überwindung der Blöcke und des Ost-West-Gegensatzes beigetragen hat. Kern der KSZE-Schlussakte war der Gewaltverzicht und ein umfassender Sicherheitsbegriff, der neben den militärischen Aspekten der Sicherheitskooperation auch Fragen systemübergreifender Zusammenarbeit in den Bereichen Wirtschaft, Wissenschaft, Technik und Umwelt sowie in den Bereichen Information, Menschenrechte und Grundfreiheiten enthielt.

Die Regelungen zum Ausbau der menschlichen Kontakte und zum Kultur- und Informationsaustausch waren lange Zeit umstritten und sind in ihrer Wirkung nicht zu überschätzen. Insbesondere wurde die Menschen- und Bürgerrechtsbewegung in Osteuropa ermutigt, durch Berufung auf die Schlussakte ihre Rechte einzufordern.

KSZE und OSZE haben entscheidend dazu beigetragen, die Prinzipien von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechten und Frieden in Europa zu verankern.

Meilensteine auf diesem Weg waren neben der Schlussakte von Helsinki die Charta von Paris, die Erklärung von Lissabon, das Kopenhagener Dokument zu den Minderheiten und die beim OSZE-Gipfel in Istanbul verabschiedete Europäische Sicherheitscharta.

Zu den herausragenden Erfolgen des KSZE-Prozesses gehört der Vertrag über konventionelle Abrüstung (KSE-Vertrag), der am 19. November 1990 geschlossen und am 19. November 1999 an die gegenwärtige sicherheitspolitische Situation angepasst wurde. Der KSE-Vertrag stellt einen entscheidenden Pfeiler der europäischen Sicherheit dar und hat dafür gesorgt, dass zehntausende von konventionellen schweren Waffen abgerüstet wurden.

Seit dem Fall der Mauer, der Vereinigung Deutschlands und der Auflösung der Warschauer-Vertrags-Organisation sind zusätzliche sicherheitsbezogene Aufgaben an die KSZE herangetragen worden. Darunter der Abbau ethnischer Spannungen, die Regelung von Minderheitenproblemen, die Bekämpfung des organisierten Verbrechens, der Aufbau rechtsstaatlicher Strukturen und die Förderung von Zivilgesellschaften in den Teilnehmerstaaten. Um diesen neuen Aufgaben gerecht zu werden, hat die KSZE (heute OSZE) ihre Strukturen seit 1992 Schritt für Schritt ausgebaut.

Die OSZE hat zahlreiche Missionen entsandt, um den Teilnehmerstaaten Hilfeleistung bei der Umsetzung von OSZE-Prinzipien zu leisten. Sie hat mit ihrem Hochkommissar für Nationale Minderheiten und dem Beauftragten für die Freiheit der Medien Instrumente geschaffen, um Minderheiten zu schützen und Angriffe auf die Pressefreiheit abzuwehren. Das Büro für Demokratische Institutionen und Menschenrechte in Warschau hat wichtige Beiträge zur Durchführung und zur Beobachtung demokratischer Wahlen in den Teilnehmerstaaten geleistet.

Die Erfahrungen im ehemaligen Jugoslawien und in Tschetschenien haben allerdings auch gezeigt, dass es dringend erforderlich ist, die Handlungsfähigkeit der OSZE weiter zu stärken, damit sie ihre Möglichkeiten zur Krisenprävention und zur Vermittlung in Konfliktfällen tatsächlich ausführen kann.

Der Deutsche Bundestag wolle beschließen:

Anlässlich des 25. Jahrestages der KSZE-Schlussakte begrüßt der Deutsche Bundestag den Einsatz aller Bundesregierungen für die Weiterentwicklung der KSZE/OSZE. Er begrüßt den Beitrag der Bundesregierung zu den Beschlüssen des Istanbuler OSZE-Gipfels und die Berücksichtigung von Beschlüssen des Deutschen Bundestages aus diesem Anlass.

Der Deutsche Bundestag erwartet, dass die Bundesregierung die beschlossene Entwicklung von Feldoperationen aktiv unterstützt. Es muss dafür Sorge getragen werden, dass die jeweiligen Mandate für die Feldoperationen durch eine angemessene personelle und finanzielle Ausstattung auch tatsächlich umgesetzt werden können.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, den OSZE-Beschluss zur Schaffung einer schnellen Einsatzgruppe von Experten für Konfliktverhütung, Krisenbewältigung und die Normalisierung der Lage nach Konflikten (REACT) zügig zu realisieren. Eine solche Einsatzgruppe wird der OSZE bessere Möglichkeiten bieten, sich mit Konflikten zu befassen, bevor sie das Ausmaß einer Krise annehmen.

Der Deutsche Bundestag begrüßt das Vorhaben, im Konfliktverhütungszentrum der OSZE eine Einsatzzentrale einzurichten, die die Feldoperationen und den Einsatz von REACT-Ressourcen vorbereitet.

Der Deutsche Bundestag unterstützt die Absicht der OSZE, ihre Aktivitäten im zivilpolizeilichen Bereich zu verstärken und die Entwicklung unabhängiger Gerichtssysteme zu fördern. Bei diesen Aufgaben ist die problemgerechte Koordination der OSZE mit anderen internationalen Organisationen zu beachten.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, sich im Rahmen der OSZE weiterhin dafür einzusetzen, dass die Inanspruchnahme von Konfliktvermittlung politisch verbindlicher wird.

Der Deutsche Bundestag unterstreicht seine Auffassung, dass der OSZE eine Schlüsselrolle für die Erhaltung von Frieden und Stabilität in ihrem geographischem Zuständigkeitsbereich zukommt.

Der Deutsche Bundestag unterstützt die Bundesregierung bei allen Bemühungen, die dazu beitragen, dass diese Aufgaben künftig noch effektiver wahrgenommen werden können.

Berlin, den 27. Juni 2000

Dr. Peter Struck und Fraktion
Friedrich Merz, Michael Glos und Fraktion
Kerstin Müller (Köln), Rezzo Schlauch und Fraktion